

Medienmitteilung

Ausserordentliche Session zur Zuwanderung

BDP ist mit dem Ausgang der ausserordentliche Session zufrieden

Die Forderungen zur Personenfreizügigkeit, die die SVP heute an der ausserordentlichen Session gestellt hat, sind für die BDP politisch unverantwortbar und realitätsfremd. Zudem ist die BDP überzeugt, dass der Vorgänger von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bei der Asylpolitik Fehleinschätzungen begangen hat und massgeblich für die mittlerweile gelösten Probleme im Bundesamt für Migration (BFM) verantwortlich war.

Die Bürgerlich Demokratische Partei der Schweiz BDP stellt fest, dass sich die Asyl- und Ausländerpolitik zu einem Dauerthema in den eidgenössischen Räten entwickelt. Die BDP hat weder für die Aussage, dass die Asylpolitik ins Chaos abdriftet, noch für die Aussage, dass das Volk mit dem Freihandelsabkommen getäuscht worden ist, Verständnis. Beide Behauptungen sind kurzfristig und politisch nicht zu verantworten.

Die BDP hält fest, dass dank der Reorganisation des Bundesamtes für Migration (neue Führung, Umlagerung der Ressourcen und straffere Anhörungsverfahren), bereits eine Produktionssteigerung um über 60 Prozent erreicht worden ist. Die Anhörungspendenzen, die im Februar 2009 auf über 9000 gestiegen waren, konnten per November 2009 auf 5500 gesenkt werden, dies trotz steigenden Asylgesuchszahlen. Seit 2004 wurden im BFM noch nie so viele Dossiers erledigt wie 2009. Dass diese Restrukturierungen überhaupt nötig geworden sind, ist auf die politische Kurzsichtigkeit, eine fehlende Strategie und auf diverse Fehleinschätzungen des vorgängigen Departementchefs zurückzuführen.

Die BDP ist überzeugt, dass die für die Schweiz die wirklich wichtigen Fragen nicht nur im Asylbereich liegen. Die Schweiz hat 2009 nur gerade 2600 Asylsuchende aufgenommen. Was viel wichtiger ist und von gewissen Kreisen ebenfalls bewusst polemisch statt lösungsorientiert diskutiert wird, sind die Fragen im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsabkommen. Das Problem des Missbrauchs besteht zweifellos. Die steigende Arbeitslosigkeit belastet zunehmend die Sozialwerke, und Fragen der Integration stellen sich in aller Deutlichkeit. Zu glauben, dass neue Verhandlungen mit 27 Staaten ein besseres Ergebnis bringen würden als das nun vorliegende Vertragswerk, ist realitätsfremd und bringt die Schweiz in keiner Weise weiter. Ein solches absolut unverantwortliches Handeln, wie es die SVP fordert, würde den bis heute sehr erfolgreichen bilateralen Weg zerstören, mit unvorstellbaren Folgen für den Werkplatz Schweiz.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

03.03.2010